

Stenographischer Bericht

56. Sitzung des steiermärkischen Landtages.

II. Periode.

14. Oktober 1926.

Inhalt:

Personalien: Neuwahl des Landeshauptmannes. — Fortsetzung. — Redner: Leichin (1289, 1290 und 1300), Strohmaier (1290), Wallisch (1290), Jenz (1298), Dr. Enge (1298), Muchitsch (1299).

Anfragen: Schifko, Dr. Kammerer, Krisspel, Nr. 106, an den Landeshauptmann, betreffend Vorgänge bei der ZSK in Graz. — Dringliche Behandlung (1289).

Tausk, Regner, Weigelberger, an den Finanzreferenten Dr. Enge wegen der Unterschlagungen im Landesabgabename. — Dringliche Behandlung (1289).

Aust, Gföller, Sirt, an den Finanzreferenten, betreffend Binderung der Not der Arbeitslosen durch Förderung der produktiven Arbeitslosenfürsorge. — Dringliche Behandlung (1289).

Tausk, Regner, an den Referenten für Stadt- und Marktgemeinden, DR. Oberzaucher, wegen der Unterschlagungen im Landesabgabename. — Dringliche Behandlung (1289).

Präsident Rölbl eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 40 Minuten vormittags.

Präsident: Eingbracht wurden folgende dringliche Anfragen: (Verliest die Überschriften. — Siehe Inhaltsverzeichnis.)

Die Anfragen entsprechen den Anforderungen der Geschäftsordnung; ich werde dieselben am Schlusse der Sitzung, wenigstens vor der fünften Tagesstunde, zur Verhandlung bringen.

Ich schreite nunmehr in der Behandlung der Tagesordnung weiter fort und erteile Herrn Abg. Leichin zur Fortsetzung seiner Rede das Wort.

Leichin (Fortsetzung): Hohes Haus! (Rufe: „Watschenmann!“) Ich möchte heute, bevor ich in die Sache eingehe, kurz eine Mitteilung machen. Heute früh war ich im Bad „Zur Sonne“ um dort zu inhalieren; dort habe ich folgendes erlebt: Ein Mann, den ich gar nicht kenne, saß beim Hühneraugenoperateur und schimpfte über die Christlichsozialen, da er anscheinend mit einem solchen einen Prozeß gehabt hatte. Auf einmal hörte ich, wie er sagte: „Endlich müssen einmal unsere Gewehre geradeaus schießen. Denn es wird nicht eher Ordnung eintreten, bevor nicht die Gewehre ordentlich aufräumen. Wir haben noch brave Burschen in diesem Staate, die imstande sind, Ordnung zu machen.“ (Zwischenrufe: „Watschenmann!“) Verzeihen Sie, ich habe Ihnen bereits gestern den Sachverhalt erklärt. Auf einmal schrie dieser Herr, nachdem er gesagt hatte, daß es notwendig ist, daß bei uns einmal die Gewehre ordentlich aufräumen müssen, daß Staneck und Leichin Falotten sind und daß diese beiden weggehören. (Lebhafte Zwischenrufe.) Ich machte den Herren darauf aufmerksam, daß

ich der Angegriffene, der beschimpfte Leichin sei und bat ihn, er solle in seinen Äußerungen etwas vorsichtiger sein. Überdies werde ich mit ihm vor Gericht zu sprechen haben. Darauf sagte er, daß er Dr. Kreitner heiße und ich ihn vor Gericht zitieren kann. Er habe mit mir nichts zu reden, „unsere Burschen werden schon aufräumen, Sie gehören erschlagen“. Ich mußte mich mit aller Energie zurückhalten, um nicht tötlich zu werden. Darauf sagte er: „Ich habe mit Ihnen nichts zu reden, denn Sie werden als Leiche vor mir durchlöchert liegen!“ (Lebhafte Psuirufe bei den Sozialdemokraten. — Rufe: „Wer ist denn der Kerl?“) Jurist Dr. Kreitner. Ich glaube, die Herren von der Christlichsozialen Partei könnten bei dieser Gelegenheit etwas vorsichtiger sein, da bereits vor einigen Jahren, als dieser Kreitner den „Freien Arbeiter“ herausgegeben hat, eine Verbindung zwischen ihm und Dr. Rintelen bestand. (Lebhafte Zwischenrufe bei den Christlichsozialen. — Enge: „Das ist nicht der erste und nicht der letzte Unsinn, den Sie gesprochen haben!“ — Zwischenruf: „Wer das nicht beweist, ist ein elender Verleumder!“ — Strohmaier: „Gauervertreter!“ — Wolf: „Herr Präsident, haben Sie gehört, was gerufen wurde?“ — Rufe: „Ordnungsruf erteilen!“ — Pongraz: „Nein, zurücknehmen muß er es. Abbitte muß er leisten!“ — Zwischenruf: „Es gibt keine Sitzung mehr!“)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte die Herren, sich auf die Plätze zu begeben.

Ich erteile dem Herrn Abg. Strohmaier wegen des Ausdrucks „Gauervertreter“ den Ordnungsruf! (Rufe: „Zurücknehmen muß er es!“ — Großer Lärm. Neuerlich das Glockenzeichen gebend.)

Herr Abg. Strohmaier meldet sich zu einer Erklärung zum Worte. (Gföller: „Zuerst muß die Sitzung unterbrochen sein und dann kann er erst nach Wiederaufnahme der Sitzung eine Erklärung abgeben!“)

Ich unterbreche die Sitzung auf fünf Minuten.

(Die Sitzung wird um 10 Uhr 55 Minuten vormittags unterbrochen und um 11 Uhr vormittags vom Präsidenten Rölbl wieder aufgenommen.)

Präsident: Hohes Haus! Ich eröffne wieder die Sitzung.

Ich möchte vor allem bemerken, daß der Präsident selbstverständlich in jedem Falle, wenn auf irgendeine Weise die Würde und der Ernst des Hauses verletzt wird, den Ordnungsruf erteilen

wird. Auch jeder Abgeordnete hat das Recht, die Erteilung des Ordnungsrufes zu verlangen. Nur möchte ich in einem solchen Fall ersuchen, daß nicht zehn Abgeordnete zugleich diese Anforderung stellen, weil es unmöglich ist, in diesem Lärm etwas zu verstehen. Wenn eine Berechtigung zur Erteilung des Ordnungsrufes vorliegt, werde ich denselben ohne weiters sofort erteilen. Ich möchte aufmerksam machen, daß es absolut strengstens verboten ist, daß die Galerie in irgendeiner Weise sich in die Verhandlungen dieses Hauses einmischet. Jedes Entgegenstellen gegen diese Anordnung würde die Räumung der Galerie zur Folge haben.

Zur Abgabe einer Erklärung erteile ich Herrn Abg. Strohmaier das Wort.

Strohmaier: Hohes Haus! Zur Aufklärung meines Zwischenrufes. Ich habe den Ausdruck „Gaunervertreter“ gebraucht. Ich meinte den Bela Kun, weil Abg. Wallisch in seiner ungarischen Tätigkeit immer im Zusammenhange mit Bela Kun gearbeitet hat, der ein Gauner war und viele Menschenleben in der ungarischen Regierung auf seinem Gewissen hatte. Daher war mein Ausdruck „Gaunervertreter“ nur auf Bela Kun in diesem Sinne gemünzt. (Beifall bei den Christlichsozialen. — Wallisch: „Ich bitte zu dieser Erklärung um das Wort zu einer kurzen, tatsächlichen Berichtigung.“)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Wallisch das Wort zu einer tatsächlichen Berichtigung.

Wallisch: Hohes Haus! Der Herr Abg. Strohmaier hat nun einen Rückzug angetreten und das, was er zuerst gemeint hat, in das Umgekehrte interpretiert. Der Herr Abg. Strohmaier hat mir persönlich diese Beschimpfung zugerufen. Ich nehme zur Kenntnis, daß er bei ruhiger Überlegung das auf Bela Kun abwälzt. Ich stelle nur fest, daß weder ich noch irgendein anderer Sozialdemokrat in Ungarn etwas getan hat, was einen solchen Vorwurf rechtfertigen würde. Das habe ich bereits vor zwei Jahren in einer gründlichen und ausführlichen Rede hier klargelegt und habe auch alle jene, welche ehrlich die Wahrheit wissen wollten, aufgeklärt, was sich in Ungarn abgespielt hat. Es hat daher Abg. Strohmaier nicht das Recht gehabt, einen hier anwesenden Abgeordneten auf diese Weise zu beschimpfen. Wenn ein christlichsozialer Abgeordneter sich über Anwesende äußern will, so soll er das dort tun, wo es angebracht ist. Hier aber im Landtage ist nicht der Platz dazu. Ich nehme zur Kenntnis, daß diese Beschimpfung zurückgenommen wurde. Ich stelle ausdrücklich fest, was ich hier im Landtage schon festgestellt habe und durch eine Zuschrift des Ministeriums des Innern über eine Anfrage des Kreisgerichtes Leoben schon festgestellt wurde, daß weder durch mich noch dort, wo ich in Ungarn tätig war während der Rätereierung, ein einziger Bauer oder ein anderer Mensch zum Tode verurteilt oder ums Leben gebracht wurde. Wer also behauptet, daß ich irgendeinem Bauern oder irgend jemandem anderen

etwas getan oder ihm nur etwas verursacht hätte, der sagt bewußt oder unbewußt die Unwahrheit und muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er ein Lügner ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Leichin.

Leichin (Fortsetzung): Hohes Haus! (Rufe „Watschenmann!“) Ich meine, wenn ich hier im offenen Hause den Beleidigten um Verzeihung bat, so haben Sie kein Recht mehr, darüber noch ein Wort zu verlieren. Der Herr Abg. Dr. Enge hat vorher erklärt, daß ich Äußerungen machte, die ich nicht beweisen könne, die alle erdichtet oder erlogen sind. Nun habe ich mich während dieser Pause darüber erkundigt, wer Dr. Kreitner ist und ob meine Äußerung, daß er mit Minister Rintelen in engster Verbindung stand, wahr ist. Ich will mitteilen, daß Doktor Kreitner bei den Barmherzigen Brüdern in der Annenstraße wohnt, daß kein Mensch weiß, von wem er sein Einkommen bezieht, wie und wo er beschäftigt ist. Seine ganze Existenz ist eine sehr dunkle Existenz. Er soll nach Schilderungen ein höchst verkommenes Subjekt sein. Es wurde weiter mitgeteilt, daß er Kommandant der Kroisbacher Heimwehr war und daß er nach seiner eigenen Aussage bei Rintelen aus- und eingegangen ist, mit ihm in engster Verbindung stand. Weiters teile ich mit, daß dieser Dr. Kreitner der Schwiegersohn des Monarchistenführers, Sektionschefs Wieser, ist. Daraus erkennen Sie die engen Verbindungen mit Dr. Rintelen. Ich glaube, Herr Dr. Enge, so viel müssen Sie uns zutrauen, daß wir in dieser Kampfsperiode, die wir durchfechten müssen, uns sehr eingehend darüber informieren und aufklären, ehe wir auch nur eine Äußerung machen. Wir wollen nicht in die Fußstapfen des Dr. Rintelen treten, der Behauptungen aufstellt, für die er nie und nimmer auch nur den leisesten Beweis erbringen kann. Wir hüten uns, daß wir jemals der Lüge geziehen werden können. Wir verstehen, mit ehrlichen und reinen Waffen zu kämpfen. Die Aufgabe, die ich hier erfülle, ist die Aufgabe, die mir meine Partei zugewiesen hat und ich erfülle sie mit Freude, erfülle sie auch aus dem Grunde, weil ich davon überzeugt bin, daß diese Handlungen, die durch die Bankuntersuchungskommission festgestellt worden sind, Professor Dr. Rintelen nicht als die geeignete Person erscheinen lassen, die nun Landeshauptmann werden soll.

Das „Volksblatt“ sagt heute in seinem Leitartikel (liest): „Der Kampf in der Landstube ist somit kein persönlicher, er ist im tiefsten Grunde ein sachlicher, er richtet sich gegen den Mann der Energie und Ordnung, er richtet sich gegen die Christlichsoziale Partei, die man ihres Führers berauben will, er richtet sich gegen das ganze Bürgertum, gegen Ruhe und Ordnung, gegen den Frieden, dessen gerade jetzt das Wirtschaftsleben so dringend bedürftig. Ein Teil der Bevölkerung mag sich durch die Phrasen und frech vorgebrachten Verleumdungen irreführen lassen und glauben, es sei ein rein persönlicher Kampf, der sich da im Landhause

abspielt, wer aber tiefer blickt, wird sich bewußt werden, daß es ein Ringen um die Oberherrschaft im Lande ist und daß weit mehr auf dem Spiele steht als irgendein Parteiinteresse.“ Ich will Ihnen hier nochmals erklären, uns handelt es sich ausschließlich um die Person des Herrn Prof. Dr. Rintelen, uns ist es ganz gleichgültig, wen Sie an Stelle des Herrn Prof. Dr. Rintelen zum Kandidaten für die Landeshauptmannstelle vorschlagen. Wir würden für jeden stimmen, wenn er auch noch viel stärker wäre und noch mehr versuchen würde, die Ordnung und Ruhe aufrechtzuerhalten, wie das Dr. Rintelen nachgefragt wird. Sofort würden wir von unserer Obstruktion absehen, sie abbrechen und dem Hause die Möglichkeit geben, zu wählen. Schlagen Sie Dr. Enge vor, schlagen Sie Landesrat Riegler vor, schlagen Sie Prof. Paul vor, es ist uns ganz gleichgültig, wenn Sie vorschlagen, es würde sofort die Möglichkeit gegeben sein, die Wahl des Landeshauptmannes nach Ihrem Vorschlage vornehmen zu können. Aber unmöglich ist es, daß Prof. Dr. Rintelen gewählt wird. Es ist ein rein persönlicher Kampf und nicht ein Kampf gegen die Christlichsoziale Partei, nicht ein Kampf, weil wir die Gewalt im Lande an uns reißen oder gar die Ruhe und Ordnung im Lande stören wollen. Es fällt uns natürlich nicht ein, den Kampf gegen die geordnete Fortführung und Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens zu führen. Das Gegenteil ist der Fall. Der Kampf, den wir führen, muß sich auch deshalb gegen Dr. Rintelen richten, weil Prof. Dr. Rintelen die ruhige Entwicklung des Wirtschaftslebens in Gefahr brachte, weil ferner die politische Reinheit die Voraussetzung für jeden ist, um diesen Posten hier einnehmen zu können. (Zenz: „Tischamend, Wöllersdorf!“ — Zwischenrufe. — Zenz: „Lesen Sie die Tagespost!“ — Wolf: „Wer ist in diesem Zusammenhange als Landeshauptmann präsentiert worden, Herr Pfarrer?“ — Zwischenrufe: Bei Euch ist nur immer das wahr, was Ihr sagt!“ — „Ihr habt genug Butter auf dem Kopfe!“ — Gföller: „Fragen wir das Volk, Neuwahlen! Das Volk soll entscheiden, das wollen wir ja haben!“ — Walisch: „Warum fürchtet Ihr Euch davor?“ — Gföller: „Ihr habt ja Angst vor dem Volke, sonst hättet Ihr schon längst die Auflösung angestrebt!“ — Lärm. — Gföller: „Auflösen, fragen wir das Volk!“ — Nikola: „Was war mit den Schutzbündlern in Wien, erinnern Sie sich?“ — Gföller: „Die oststeirischen Bauern werden wählen!“)

Es wurde im Laufe der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses einmal von Professor Gürtler darauf verwiesen, daß er eigentlich Zertrümmerungsausschuß heißen soll und auch Dr. Rintelen hat in seiner Verteidigungsrede darauf verwiesen, daß die Ursache des Zentralbank-Zusammenbruches der Artikel des „Abend“ gewesen sei. Es wird immer wieder erklärt, daß es sich uns bei der ganzen Aktion nur um eine sozialdemokratische Agitation handelt. Das ist natürlich eine bewußte Verschiebung der Tatsachen. Im kapitalistischen

Staate regte sich vor allem in der Nachkriegszeit alles, um in der haltlos gewordenen Wirtschaft zu Reichtum zu gelangen. Wer es gibt auch im kapitalistischen Staate einen Regulator. Die Arbeiter wehren sich gegen die maßlose Ausbeutung durch ihre Organisationen, sie wird eingedämmt durch die Aufweckung des sozialen Gewissens der Öffentlichkeit, sie wird eingedämmt dadurch, daß der Staat gezwungen wird, sozialpolitische Gesetze zu schaffen. Wenn der Ausbeutung jeder Weg freigegeben, würde der Staat zu Schaden kommen, weil er ungeheure Summen für die Armenlasten, Krankenpflege usw. auszugeben hätte. Wir sehen, daß die Preise im kapitalistischen Staate reguliert werden durch Angebot und Nachfrage, durch die Konkurrenz, selbst auf dem Markte von Graz fühlt sich die Stadtverwaltung verpflichtet, den Marktkommissär aufzustellen, damit die Bevölkerung keine verwässerte Milch oder schlechtes Brot vorgesetzt bekommt. Überall gibt es im kapitalistischen Staate einen natürlichen Regulator oder eine Kontrolle durch öffentliche Organe. Nun erleben wir, daß bei den wichtigsten Instituten einer Volkswirtschaft, bei den Banken, wo die Ersparnisse der einzelnen zusammenfließen, und sich aufspeichern, um damit wieder die Volkswirtschaft zu befruchten, keinerlei Revision, keinerlei Kontrolle besteht und jeder wird empfinden, daß hier die Kontrolle genau so wichtig ist wie bei der Milch und beim Brot. Jeder wird empfinden, daß auch auf dem Geldmarkte eine Kontrolle bestehen muß. Das ist keine leere Behauptung, sondern sind Tatsachen, die durch die Untersuchungskommission bewiesen und belegt wurden, jedem bekannt sind. Wir wissen, daß bei der Bauernbank nicht weniger als 67 Konti gedeckt werden müssen, weil man nicht weiß, wer die Leute sind, denen das Geld geliehen wurde. Allerdings erklärt Direktor Zimmerl und Präsident Zwegbacher, daß Beamte in der Zeit der Börsenspekulation die Gelder der Bank verliehen haben und es nicht möglich war, ihnen Einhalt zu bieten. Das ist eine faule Ausrede. Wir wissen, daß in der Zeit dieser wilden Spekulationen man mit hohen Gewinnen rechnete. Man hat zwar angeblich auf die Beamten den nötigen Einfluß ausgeübt und sie vor den vielen schwindelhaften Spekulationen gewarnt; in Wirklichkeit war man im stillen damit einverstanden, weil man hoffte, auf diese Weise ebenfalls einen ordentlichen Rebbach zu machen; so hat man zum Beispiel die Gelder der Bauern zu Taggeldern von ein bis zwei Prozent verliehen, das sind Zinsen, die auf 700 Prozent im Jahre zu stehen kommen. Das ist natürlich ein schwindelhaftes Treiben, daß selbstverständlich den Staat verpflichtet, darüber eine Kontrolle auszuüben. Es besteht zwar die Einrichtung des Staatskommissärs, der aber leider wie bei uns in Steiermark in der Person des Herrn Dr. Pfeleger nicht darüber wachte, daß die Gelder nicht planlos ausgeliehen, zu Spekulationen hergegeben werden, sondern der selbst mitpekulierte, statt daß er diesen Spekulationen mit dem Gelde der Bauern einen Kiegel vorgeschoben hätte.

Wir wissen, daß das in letzter Linie auf den Präsidenden und Landeshauptmann zurückzuführen war, er hätte als höchststehende Person hier im Lande soviel Verantwortlichkeitsgefühl haben müssen, um wenigstens dem Herrn Dr. Pfl e g e r zu erklären, daß seine Aufgabe eine andere ist und er sich doch hüten müsse, zu spekulieren. Ich habe aber schon erklärt, der Herr Unterrichtsminister Dr. K i n t e l e n hat diese Dinge mit Bewußtsein eingefädelt, um alle diese Leute ordentlich in der Hand zu haben.

Nun wird uns erzählt, hätte der „Abend“ den Artikel nicht veröffentlicht, dann wäre alles gut gegangen. Ich werde Ihnen mit dem Protokoll beweisen, daß schon im Jahre 1924 der damalige Finanzminister Dr. K i e n b ö c k wußte, daß es mit der Zentralbank schlecht steht und daß er seinen Freund Z w e g b a c h e r mit aufgehobenen Händen darauf aufmerksam machte, sie mögen ja nicht an der Zentralbank anstreifen. Dennoch hat man mit dieser Zentralbank einen Gesundungsprozeß vorgenommen, an dem das gesündeste Unternehmen zugrunde gehen muß. Es ist möglich, daß noch immer die Meinung besteht — das heutige „Volksblatt“ nennt unsere Äußerungen zwar eine freche Lüge — daß wir daran schuld sind. Gewiß haben die Herren an eine Rettung geglaubt und sind sicher heute noch der Meinung, wenn die Marktpolizei, die Sozialdemokraten, nicht auf den Plan getreten wäre, um hier einmal aufzuräumen und der Öffentlichkeit zu zeigen, wie in geradezu skandalöser Weise mit ihren Ersparnissen gewirtschaftet wird, es dann möglich gewesen wäre, noch weitere Milliarden zinsfrei zur Verfügung zu stellen, um die Spekulationen und Verluste zu decken. Vielleicht wären im Laufe der Jahre auch die verantwortlichen Leiter dieser Institute daraufgekommen, daß dieses frivole Spiel endlich aufhören muß und daß man in ehrlicher Weise mit den Geldern der Sparer, der Gewerbetreibenden und Bauern umgehen muß. Wie haben sich denn die Herren eine solche Rettung der Banken vorgestellt? Ich zitiere aus der „Reichspost“, damit nicht jemand etwa zur Meinung kommen könnte, daß ich aus der „Arbeiterzeitung“ zitiere. Denn bekanntlich belieben unsere Gegner zu erklären, daß alles, was in der „Arbeiterzeitung“ steht, gefälscht und Lüge ist. Ich zitiere also die „Reichspost“, die von der Untersuchungskommission am 9. einen Bericht über die Ausführungen des Direktors Z i m m e r l von der Bauernbank, in der Landeshauptmann B u r e s c h als Präsident und Z w e g b a c h e r und S t ö c k l e r im Verwaltungsausschuß gegessen haben, enthält. Direktor Zimmerl erklärt, wir haben alles darangesetzt, um die Bauernbank zu halten. Wenn man uns 20 Milliarden zinsfrei für eine Reihe von Jahren zur Verfügung gestellt hätte, wäre es möglich gewesen, die Bank aufrechtzuerhalten und langsam die Verluste abzuschreiben. Was verlangt da Direktor Zimmerl? Die verlorengegangenen Gelder, die man an Leute verliehen hat, die man nicht kannte, worüber kein Mensch Aufschluß geben kann, wer diese 67 Bör-

seianer sind, bei denen man nicht weniger als 19 Milliarden verloren hat, sollen auf Kosten des Staates gedeckt werden. Nachdem diese Gelder in frivoler Weise verspekuliert wurden, verlangt man nicht weniger als, der Staat soll von den Steuergeldern der Bank Milliarden auf viele Jahre zinsfrei zur Verfügung stellen. Es wäre viel besser gewesen, wenn man gleich erklärt hätte, der Staat ist verpflichtet, solange es von der christlichen Mehrheit verlangt wird, die Steuergelder einzuziehen, um damit die Spekulationsverluste der Christlichsozialen zu decken. In Zukunft wird der Herr Finanzreferent erklären, es gilt jetzt nicht mehr, nur die Landes- oder Bundesausgaben durch Steuern herbeizubringen, sondern die Bevölkerung hat in der nächsten Zeit auch die Pflicht, die Spekulationsverluste der christlichsozialen Banken durch Steuern zu decken. Das wäre eine glänzende Wirtschaft und ich glaube, bei einer solchen Wirtschaft und bei solchen Anforderungen könnte der größte Lump Bankdirektor und Bankpräsident sein, wenn er immer aus Steuergeldern das deckt, was er verspekuliert hat. Das wäre nach unserer Meinung eine unmögliche Wirtschaft, weshalb wir es für sehr wichtig und gut halten, daß die Bankenkommision endlich eine Kontrolle vornimmt, um das Bankwesen auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Ich bin überzeugt, daß die Bevölkerung in Zukunft dieser Bankenkommision Dank wissen wird. Denn erst dann können die Sparer ruhig schlafen, wenn sie wissen, daß ihre Gelder nicht in leichtfertiger Weise zu Spekulationszwecken verwendet werden. Dann kann das Dienstmädchen, der Landarbeiter und der Arbeiter, der Bauer und der Gewerbetreibende, wenn er einen Sparpfennig hat, mit ruhigem Gewissen zur Raiffeisenkasse oder Sparkasse gehen und dort die Beträge einlegen, während er heute nicht weiß, ob er überhaupt aus dieser Kasse je noch einen Heller herausbekommt, weil die Christlichsozialen das Geld verspekuliert haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, es ist hier ein sehr wichtiger, notwendiger Akt geschehen und wir hoffen, daß diese Kontrolle dauernd bestehen bleibt, nicht eine solche Kontrolle, wie sie der staatliche Kommissär ausübt, der dann selbst spekuliert, sondern eine öffentliche Kontrolle darüber wacht, daß mit diesen Geldern nicht Schindluder getrieben wird. Das haben wir auch notwendig, weil wir in einem demokratischen Staate leben und weil nicht etwa die Mehrheitsparteien glauben sollen, daß die Bevölkerung nur dazu da sei, für sie die Steuern aufzubringen, die sie dann in solch frivoler Weise verspekulierten, an welcher Spekulation natürlich die Landtagsabgeordneten, die Nationalräte und alle ihre Freunde und zum Teile beteiligt sind.

Nun kommen wir zu einer anderen Angelegenheit, das ist die Angelegenheit der oststeirischen Genossenschaften. Wir sind alle, ich habe das schon wiederholt hier im Hause zum Ausdruck gebracht, Freunde der Genossenschaften und jeder von uns wünscht, daß sie, seien es nun Konsumgenossen-

schaften in der Stadt, seien es landwirtschaftliche Genossenschaften auf dem Lande, daß sie gefördert werden. Wir wissen es sehr gut, daß es mit dem Genossenschaftswesen auf dem Lande sehr schwer und nur langsam vorwärtsgeht. (Riesel: „Dort drüben tut einer sein Morgengebet verrichten!“ — Wolf: „Zehn sind beieinander, wie bei den Juden!“) Wir wissen es sehr gut, daß auf dem Land solche Organisationen natürlich nur langsam Fortschritte machen, weil der Landwirt infolge seiner konservativen Gesinnung jeder Neuerung sehr mißtrauisch gegenübersteht. Aber dennoch glauben wir, auf Grund der Erfahrungen in den anderen Ländern, die Hoffnung nicht aufgeben zu müssen, daß es uns oder anderen gelingen wird, auch die Genossenschaften auf dem Lande nicht nur zu schaffen, sondern die bestehenden auch auszubauen und sie auf eine gesunde Grundlage zu bringen. Wir sind offen genug, zu erklären, daß es sich hier sehr oft noch um Versuche handelt, daß bei diesen Versuchen es auch möglich ist, daß durch einen Fehlschlag finanzielle Verluste eintreten können, und daß deshalb, weil die Volkswirtschaft ein Interesse daran hat, daß die Genossenschaften sich zum Vorteile der Landwirte entwickeln, um ihr Wirtschaftsleben zu heben, die Öffentlichkeit, also das Land oder der Bund, die Aufgabe hätte, solche Genossenschaften zu fördern und finanziell zu unterstützen. Aber, meine Damen und Herren, es geht doch nicht an, daß diese Dinge im Dunkeln gemacht werden, ohne daß die Öffentlichkeit davon auch nur ein Wort erfährt. Denn wenn man aus Steuergeldern, das heißt, von Geldern der Gesamtheit die Genossenschaften finanziell unterstützt, dann ist es auch Pflicht, daß man der Öffentlichkeit, das heißt den Steuerträgern davon Mitteilung macht. Wir leben in keinem absolutistischen Staate zur Zeit Maria Theresias, sondern in einem demokratischen Staate. Da ist es Pflicht, daß man in demokratischer Weise alles offen macht. Allerdings, die Geschäfte und Handlungen, die da betrieben wurden, sind solche, die das Tageslicht nicht vertragen, das sind Handlungen, die alle Ursache haben, daß sie heimlich gemacht werden. Die Öffentlichkeit hat ein Recht, daß sie über alles aufgeklärt wird. Aus diesem Grunde hätten wir es für notwendig gefunden, daß, wenn es schon den steirischen Genossenschaften schlecht geht, die Öffentlichkeit darüber unterrichtet worden wäre, ferner Einsicht in die Verwaltung der Genossenschaften genommen worden wäre, daß man erfährt, wie die Genossenschaften geführt werden. Nach einer solchen Kontrolle der Genossenschaften könnte man sie finanziell unterstützen, ihnen geben, was sie für ihre Existenz brauchen. Wenn man natürlich den steirischen Genossenschaften, wie es hier geschehen ist, auf geheime Weise aus den Steuergeldern fünf Milliarden gibt, dann haben vor allem jene kein Recht, sich über Dinge aufzuhalten, die sich in anderen Genossenschaften, in Konsumgenossenschaften ereignen. Das wirkt wieder ein besonderes

Licht auf Sie und es ist immer merkwürdig, wenn Sie sich so hinstellen, als ob Sie die unschuldigen Lämmer wären, als ob Sie von Wahrheit triefen würden. In Wirklichkeit habe ich aber noch nie in meinem politischen Leben so viel Demagogie gefunden als bei Ihnen. Ich weiß sehr gut, daß politische Kämpfe nicht immer mit schönen Mitteln ausgefochten werden, aber mit so schmutzigen Mitteln, wie Sie diesen Kampf führen, wird, glaube ich, kaum auf der ganzen Welt ein politischer Kampf geführt werden. Und was erleben wir in der letzten Zeit alles? Wir hatten in unseren Genossenschaften mit zwei Männern einen Krach, die längere Zeit in den Konsumgenossenschaften tätig waren. Gegen einen der beiden sind wir Arbeiter während des Krieges mit aller Macht losgegangen. Durch ihr Wirken haben die Konsumgenossenschaften ungeheure Nachteile erlitten, weshalb sie aus der Konsumvereinsbewegung hinausgeworfen werden mußten. Wir erleben nun, daß diese beiden, Sigmund Raff und W. A. Wilhelm, die von den Konsumvereinen eine reichliche Pension beziehen, daß diese beiden elenden Kreaturen hergingen — und ich bin fest überzeugt, daß da der Industriellenverband dahintersteckt, der das Treiben dieser beiden finanziert — und in der letzten Zeit eine Reihe von Broschüren erscheinen ließen, worin sie über die Hammerbrotwerke losziehen und eine Reihe von Dingen aufdecken, die sich innerhalb der Konsumvereine abgespielt haben sollten. Wir wissen, daß alle diese Dinge entstellt, erlogen und nicht wahr sind. Aber es ist ganz christlichsozial, daß sich die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme auf einmal an die Rockschöße des Juden Sigmund Raff hängen und daß sie jetzt aus beschmutzten Händen jede solche Lüge aufgreifen, um den Arbeitern zu sagen: Seht ihr, so haben eure Führer in den Konsumvereinen gehandelt, so werdet ihr um eure Arbeitergroschen betrogen. Keine der bürgerlichen Parteien scheut sich, diese ehemaligen Sozialdemokraten, die mit Schande aus der Partei hinausgeworfen wurden, weil sie bewußt gegen die Interessen der Institute gearbeitet haben, mit offenen Armen aufzunehmen. (Zwischenruf: „Wir haben keine offenen Arme!“) Sie haben immer offene Arme für alle gehabt, die wir hinausgeworfen haben. Auch Sie haben einige Leute gehabt, die bei Ihnen Schiffbruch erlitten. Ich erinnere Sie an den Sekretär Stummer, dem Sie die Tür wiesen und der sich an uns herangepirscht hat. Aber Sie können nicht nachweisen, daß wir einen, der von Ihnen hinausgeworfen wurde, bei uns aufgenommen und daß wir das, was er im Ärger erzählte, für unsere Partei ausgeschrotet hätten. Mit solchen schmutzigen Mitteln arbeiten wir nicht. Die Arbeiterschaft würde sich schämen, wenn ihr für den Kampf kein anderes Mittel zur Verfügung stehen würde. Wir wissen uns stark genug, um den Kampf durchzuführen zu können, es stehen der Arbeiterklasse geistige Waffen genügend zur Verfügung, um den Kampf mit Erfolg zu bestehen. Dagegen sehen wir,

daß die bürgerlichen Parteien, und vornehmlich die Christlichsoziale Partei, die sehr enge alliiert mit dem Industriellenverband sind, daß sie jede Lumperei sofort aufgreifen, finanzieren, um dieselbe im Kampfe gegen die Arbeiterklasse anzuwenden. Das läßt nur darauf schließen, daß ihr bessere, reinere Kampfesmittel, geistige Mittel überhaupt nicht zur Verfügung stehen. Es ist ja möglich, daß einer der Herren vielleicht im Laufe der Debatte aufstehen wird, genau so, wie Doktor Rintelen hier mit dem Republikaner oder mit dem Juden Weiß Arm in Arm erschienen ist, um sich mit ihren Mitteln zu verteidigen, mit dem Herrn Kassam Arm erscheinen wird, um im Kampf gegen die Arbeiter Ihre Korruption zu verdecken. Sie haben ja alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Gestern war sogar der ehemalige Herr Direktor Zimmerl von der Zentralbank deutscher Sparkassen im Saale, damit Sie ihn gleich bei der Hand haben, wenn wir uns erlauben sollten, eine Unwahrheit zu sagen. Wir sehen, Sie haben alles vorbereitet, um jederzeit uns schlagen zu können. Aber wir sind unserer ehrlichen Kampfesmittel so sicher, daß wir alle Ihre Vorbereitungen nicht im geringsten fürchten.

Nun hat Herr Professor Dr. Rintelen in seiner Verteidigungsrede den Präsidenten der Nationalbank Reich zitiert und hat geglaubt, einen Witz zu machen, weil er mir entgegenrief, daß Reich für ihn eine höhere Kompetenz sei als ich. Ich weiß, daß Reich eine Koryphäe auf dem Gebiete des Bankwesens ist. (Zwischenruf.) Das ist etwas Unangenehmes für Sie. (Doktor Enge: „Was ist mir unangenehm?“) Ich mache mir nicht an, auf dem Gebiete des Bankwesens auch nur annähernd das zu wissen, was Reich weiß. Aber darauf kommt es jetzt nicht an. Ich habe kein Urteil abzugeben über Bankwesen, über die Funktionen einer Bank oder deren Einrichtungen. Das, was Professor Dr. Rintelen hier als eine Aussage des Hr. Reich vorgelesen hat (Zwischenruf Peintinger. — Bötl: „Und er brodelte und brodelte halt immer!“), das waren Bemerkungen über das innere Wesen einer Bank, ihre Einrichtung und Konstruktion, das war aber nichts von dem, was Reich über die Zusammenhänge der Ursachen des Zusammenbruches, der durch die Zusammenlegung der Bauernbank mit der Zentralbank herbeigeführt wurde, aussagte. Das waren nicht Dinge, die Reich ausgesagt hat, warum die Zentralbank zusammenbrechen mußte. Das waren nicht Dinge, die Reich gesagt hat, wozu der Staat diese 625 Milliarden hergab und für 900 Milliarden gutgestanden ist, das heißt Steuergelder verausgabte, um die Verluste der christlichsozialen Banken zu decken. Wenn er diese Dinge vorgelesen hätte, dann hätte ich mir nicht erlaubt, einen Zwischenruf zu machen. Jeder weiß, daß ein Bankinstitut in dieser modernen kapitalistischen Gesellschaft ein sehr weitverzweigtes und feines Instru-

ment ist und daß es unklug wäre, daran ohne weiteres zu rütteln. Wir haben auch nicht gerüttelt, obwohl die eingeweihten Kreise wußten, daß schon seit 1924 es mit diesem Institute sehr faul gestanden hat; jeder wußte, daß es seit 1924 Monat für Monat einen Bankkrach, einen Zusammenbruch einer Bank nicht nur in Wien, sondern auch in Graz gegeben hat. Jeder wußte, daß bei diesem Zusammenbruche der Banken viele Gewerbetreibende, viele kleine Sparer und viele Bauern ihr Geld verloren haben. Aber wir hatten nie gehört, daß der Bund oder das Land sich verpflichtet gefühlt hätte, auch nur einen Heller herzugeben, um diese Banken zu stützen, damit den kleinen Sparern das Geld nicht verlorengeliege. Wir haben einige solcher Gläubigerversammlungen in Graz gehabt und mancher war dort, um sich dieses traurige Schauspiel anzusehen, wie noch im letzten Momente durch die Konkursverwaltung versucht wurde, wegzunehmen, was als Rest geblieben ist. Deshalb wundert es uns, daß Rintelen nicht erzählt hat, wieso es zum Zusammenbruche der Zentralbank gekommen ist und wieso gerade die christlichsoziale Regierung sich bemüht hat, diese Zentralbank zu unterstützen. Er hat uns auch nicht gesagt, und das ist allerdings nicht seine Aufgabe gewesen, warum die Steirerbank, die gut christlichsoziale Bank, die sicher den päpstlichen Segen gehabt hat, zusammengebrochen ist. Er hätte uns am besten sagen können, wie viele ungedeckte Konti bei der Steirerbank sind. Ich verstehe, daß Rintelen es unterlassen hat. Heute tagt in Wien die Untersuchungskommission über die Steirerbank und wir werden morgen oder übermorgen erfahren, was bei dieser Untersuchung herausgekommen ist. Vielleicht werden wir noch auf Grund der Untersuchung in Wien erleben... (Lärm. — Bötl: „Laßt's es ausplauschen. Derweil der Strohmaier da herum sitzt, hat er das Maul noch nicht aufgemacht und jetzt brodelte er in einem fort!“) Vielleicht ist das Schicksal der Christlichsozialen Partei günstig, daß wir infolge der Untersuchung, die heute in Wien stattfindet und morgen und übermorgen weitergeführt wird, in den nächsten Tagen erleben... (Lärm. — Bötl: „Aushalten, bis sie ausgeredet haben. Nicht einmal auf die Galerie nehmen sie Rücksicht, die doch zuhören will. Das ist eine Rücksichtslosigkeit der Galerie gegenüber. Dort drüben ist die Unordnung, Herr Präsident, dort ist der Hexenkessel beieinander!“) Vielleicht werden wir in den nächsten Tagen erfahren, daß infolge der Ergebnisse der Untersuchung, die in Wien stattfindet, diese Herren selbst zur Einsicht kommen, daß es sich nicht um einen Kampf von Parteien, von politischen Meinungen handelt (Lärm. — Bötl: „Vielleicht fällt es dem Herrn Präsidenten ein, daß er die Herren dort drüben auffordert, sie mögen auf ihre Plätze sich begeben. Gleiches Recht für alle!“), daß vielleicht die Christlichsoziale Partei in den nächsten Tagen erklärt, es ist ihr

nicht mehr möglich, die Kandidatur des Unterrichtsministers Dr. Rintelen aufrechtzuerhalten und daß sie aus eigenem gezwungen... (Lärm.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Wollen die Herren den Redner nicht immer stören. (Mikola: „Er kann nicht mehr weiter!“ — Böhl: „Die Frau Mikola wird so liebenswürdig sein und wird unserem Freunde Leichin weiterhelfen.“)

Leichin (fortfahrend): Meine Damen und Herren! Ich will der Frau Abg. Mikola nur sagen, daß sie sich darüber, ob ich weiter kann oder nicht, kein graues Haar wachsen lassen soll. Sie werden noch etwas Geduld aufbringen müssen, bis ich nicht mehr weiter kann. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich habe bemerkt, daß eine Dame der Galerie sich in eine Rundgebung eingelassen hat. (Tausk: „Eingelassen hat sie sich mit niemandem!“). Ich bitte, gnädige Frau, die Anordnungen des Präsidenten nicht zu kritisieren! Ich ersuche die Dame mit der weißen Bluse, sofort den Saal zu verlassen. (Die Galeriebesucherin verläßt den Saal.)

Leichin (fortfahrend): Meine Damen und Herren! Ich habe schon darauf verwiesen, daß wir in den nächsten Tagen schon das nähere über die Dinge, wie sie sich in der Steirerbank zugetragen haben, erfahren werden. Wir verstehen daher, daß natürlich der Herr Unterrichtsminister Dr. Rintelen uns darüber hier nichts sagte. Aber nun zu den Genossenschaften zurück. Es wäre mir schon lieb gewesen, wenn der Unterrichtsminister einiges angegeben hätte, auf welche Weise diese Genossenschaften fünf Milliarden bekommen haben. Wenn er darüber hier im Hause etwas gesagt hätte, dann glaube ich, würde Pfarrer Zenz auch davon im Sonntagsboten Mitteilung gemacht haben, denn Pfarrer Zenz ist auch über diese jüdischen Geschäfte einer ganz merkwürdigen Auffassung. Ich werde mir erlauben mitzuteilen, was Pfarrer Zenz in seinem Blatte über diese jüdischen Schiebungungen gesagt hat. Ich will nur kurz sagen, was für eine Auffassung er hat. Er meint, wenn Banken Geschäfte machen, so ist es selbstverständlich, daß sie auch einen Teil von diesen Geschäften oder von den Gewinnen an die oststeirischen Genossenschaften abgeben. Das ist eine ganz merkwürdige Auffassung eines Pfarrers, eines Pfarrers, der doch etwas reinlichere Gedanken haben soll, eine Auffassung, die nur zeigt, daß die Korruption auch dort ziemlich tief eingerissen ist. Denn wissen Sie, wenn ein geistlicher Herr zu der Auffassung kommt, daß es gut ist, wenn jüdische Banken einen Teil der Spekulationsüberschüsse für christliche Genossenschaften der Oststeiermark hergeben, so zeigt das von einer sehr tiefen Auffassung und beweist nur, wie Prälat Seipel sagt, daß hier die wahre Sittlichkeit fehlt... (Zwischenrufe.)

Präsident: Herr Redner, bitte fortzufahren.

Leichin (fortfahrend): Es zeigt von einer ganz merkwürdigen Auffassung, die auch schon bei Pfarrer Zenz platzgreift und die sicher erst platzgegriffen hat, nachdem er Landesrat geworden ist und vielleicht etwas näher in die Geschäfte seiner Partei eingeweiht wurde, daß er auch der Meinung ist, daß es gar nichts besonderes ist, wenn jüdische Banken von ihren Gewinnen, die sie auf Kosten des Staates machen, auf Kosten der Steuerträger machen, einen Teil den oststeirischen Genossenschaften abgeben. Wie steht es mit diesen fünf Milliarden? Ich lese Ihnen eine Äußerung des Präsidenten Reisch vor, aber ehe ich sie vorlese, möchte ich darauf noch verweisen, daß Dr. Rintelen in seinen Ausführungen sagte, es war schon deshalb notwendig, daß die Bundesregierung diese 625 Milliarden hergegeben hat und die Garantie für die 900 Milliarden übernommen hat, weil sonst unsere Valuta in Gefahr gewesen wäre. Ich weiß nicht... (Zwischenrufe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): „Ich bitte um Ruhe.“

Leichin (fortfahrend): Als der Unterrichtsminister... (Zwischenrufe.) am Montag... (Zwischenrufe.) Wir haben ja Zeit.

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich ersuche um Ruhe. (Zwischenruf: „Bitte, sich dorthin zu wenden.“) Dort auf der anderen Seite. Ich habe niemand ausgenommen. (Bravorufe bei den Sozialdemokraten.)

Leichin (fortfahrend): Als der Unterrichtsminister Dr. Rintelen am Montag darüber sprach, erklärte er, daß, wenn die Regierung diese 625 Milliarden zur Unterstützung der Zentralbank nicht hergegeben hätte und nicht gleichzeitig die Garantie für die 900 Milliarden übernommen hätte, um auch damit alle übrigen Forderungen an die Zentralbank zu sichern... (Zwischenrufe.) wäre das für unsere Valuta schlecht gewesen. Er hat also erklärt, daß das im Interesse unserer Valuta geschehen mußte. Ich habe mich wirklich gefragt, was hat nun diese Bankgeschichte mit unserer Valuta zu tun, sie steht ja in gar keinem Zusammenhange... (Zwischenrufe.) Es wundert mich, daß Dr. Rintelen von diesen Dingen so wenig versteht. Es sind nur zwei Erklärungen möglich. Entweder hat er von diesen Sachen, als er davon gesprochen hatte, nichts verstanden oder er hat bewußt die Bevölkerung irreführt, hat bewußt hier gelogen. (Lärm. — Zwischenrufe. — Präsident gibt das Glockenzeichen.) Damit Sie... (Lärm, Zwischenrufe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich ersuche um Ruhe.)

Leichin (fortfahrend): Natürlich... (Zwischenrufe. — Mikola: „Ihren eigenen Redner unterbrechen Sie!“) Natürlich werde ich mich hüten, etwa zu sagen... (Zwischenrufe.) Es bleibt mir nur die eine Möglichkeit offen, anzunehmen, daß Dr.

Rintelen von diesen Dingen nichts versteht oder daß er hier bewußt die Öffentlichkeit irreführen wollte. Da Dr. Rintelen am Montag erklärt hat, daß Reisch für ihn kompetent ist, daß Reisch als Sachverständiger im Bankwesen allein das richtige Urteil abgeben kann, lese ich Ihnen zuerst eine Äußerung von Reisch vor, aus der Sie ersehen, daß hier Dr. Rintelen weiter nichts getan hat, als wie die Bevölkerung zu schrecken, damit sie vielleicht zur Auffassung kommt, daß wir mit unserer Haltung im Untersuchungsausschusse weiter nichts wollen, als unsere Valuta und überhaupt das ganze Wirtschaftsleben zugrunde zu richten. Reisch wurde von der Untersuchungskommission für das Bankwesen vorgeladen und wurde darüber gefragt, wie diese fünf Milliarden den steirischen Genossenschaften verschafft wurden. Reisch erklärt folgendes und ich glaube, meine Damen und Herren, daß das sehr wichtig ist, damit Sie auch gleichzeitig die geistigen Qualitäten Ihres Herrn Kandidaten einschätzen können, der durch seine Ausführungen bewiesen hat, daß er von diesen Dingen absolut nichts versteht. Reisch erklärt vor der Bankenkommision (liest): Ich wurde eines Tages in das Finanz... (Zwischenrufe) ministerium gerufen, wo eine Besprechung über die steiermärkischen landwirtschaftlichen Genossenschaften stattfand. Es waren bei dieser Besprechung Dr. Mrer, Dr. Rintelen, ein Herr von der Landesregierung und ein Herr des Verbandes der Genossenschaften. Es wurde an uns der Appell gerichtet, 500 000 S. sozusagen à fonds perdu zur freien Verfügung aufzubringen, um diese bösen Folgen zu vermeiden. Es waren auch die Vertreter des Bankenverbandes anwesend, die aber erklärten, sie könnten mit Rücksicht auf die vielen Opfer, die sie schon in der Depositenbankangelegenheit und bei anderen Stützungsaktionen, insbesondere Börsenstützungen, gebracht hätten, neue Opfer nicht übernehmen, sie könnten höchstens die 500 000 Schilling vorstrecken, wenn ihnen eine Möglichkeit der Refundierung gegeben würde. Es ist nach langen Erörterungen gesagt worden, daß wäre in der Weise möglich, daß man bei den Banken Dollarelozierungen aus dem Völkerbundkredit mache.“ Weiter erklärte er auf eine Frage (liest):

„Vielleicht sogar ich, ich weiß es nicht. Die Regierung hat als Komittentin natürlich das Recht, mir die Weisungen zu geben, bestimmte Inlandsveranlagungen durchzuführen, natürlich ist dann das Risiko dieser Veranlagung von der Regierung zu tragen, weil ich natürlich ein Risiko nur übernehmen, wenn ich mir meinen Partner aussuchen kann.“

Und nun kommt das wichtige, woraus Sie erkennen, wie die Kenntnisse des Herrn Dr. Rintelen über die Grundlagen unserer Währung beschaffen sind. Dr. Reisch: sagte (liest): „Da die währungspolitische Situation der Nationalbank derzeit eine ausgezeichnete ist, habe ich gar keinen Anstand genommen, zur Erreichung des angestrebten

wichtigen Zweckes die 22 Millionen Schilling vorübergehend tatsächlich im Inlande zu placieren.“

Reisch als wirklicher Fachmann erklärt hier, daß das mit dem Stande der Valuten gar nichts zu tun hat und wir wissen auch, daß die Nationalbank auf einer Grundlage aufgebaut ist, die durch diese Dinge nach keiner Richtung tangiert wird.

Nun, meine Damen und Herren, wäre es schon wichtig, daß wir erfahren, wer die 5 Milliarden zu bezahlen hat, wer sie endgültig aufzubringen hat. Die Banken haben diese 5 Milliarden nur vorgestreckt und verlangen ihre Refundierung. (Unruhe. — Pongraz: „Ruhe auf der Galerie!“ — Pörtl: „Da ist der Herr Präsident ohnmächtig!“ — Präsident gibt das Glockenzeichen.) Wer nun diese Gelder zu bezahlen hat, wie diese 5 Milliarden aufgebracht werden, darüber unterrichtet uns ein Brief, den Dr. Reisch an die Regierung geschrieben hat. (Unruhe. — Zwischenrufe Riemer. — Wallisch: „Ausprechen lassen!“ — Pörtl: „Bis der Zenobius und der Wagner fertig sind. In unerhörter Weise mißachten Sie den eigenen Herrn Präsidenten. Das muß ein schöner Bürgermeister gewesen sein der Zenobius; 30 Jahre Bürgermeister und benimmt sich so!“) Wir können also aus einem Briefe, den Präsident Dr. Reisch an die Bundesregierung geschrieben hat, ersehen, wie diese 5 Milliarden, die den Genossenschaften in Steiermark zu Händen der Herren Dr. Enge und Winkler übergeben wurden, aufgebracht werden sollten. (Unruhe. — Pörtl: „Es geht wieder zu, wie in einer Judenschule!“) In diesem Briefe heißt es — der Brief ist datiert vom 11. Mai 1926 — (liest): „Ich beziehe mich auf die am 30. April d. J. unter Ihrem Vorsitz abgehaltene Konferenz in Angelegenheit der steiermärkischen landwirtschaftlichen Genossenschaften, bei welcher sich die Wiener Banken bereit erklärten.“ Sie wissen, das sind jüdische Banken (liest): „einen Betrag von S 500 000,— zur Verfügung zu stellen, wenn ihnen die Möglichkeit gegeben werde, diesen Betrag durch Elozierung billigeren Geldes sukzessive (ohne Zinsberechnung für den Vorschuß von S 500 000,—) hereinzubringen. Es ist dann vereinbart worden, daß die Österreichische Nationalbank bisher im Ausland elozierete Dollarbeträge der Regierung zu dem hierfür üblichen Satz — derzeit etwa 3,5 Prozent — bei den an dieser Aktion teilnehmenden Banken für Rechnung der Regierung plazieren soll, indem sie diese Elozierung zunächst auf Rechnung der vom Generalkommissär für Inlandsveranlagungen freigegebenen S 35 000 000,— verrechnet. Zur Durchführung dieser Beschlüsse soll die hier in Abschrift mitfolgende Aktiennotiz mit dem Präsidium des Bankenverbandes vereinbart werden. Ich bemerke hiezu, daß nach den angestellten Rechnungen einviertel Prozent Zinsmarge von einer Million Dollar durch etwa 28 Jahre angelegt werden müßte, um den Betrag von S 500 000,— zu ergeben. Bei Zugrundelegung einer Zinsmarge von

$\frac{7}{4}$ Prozent und eines Dollarbetrages von 3 060 000 würde sich sohin eine Laufzeit von etwa 16 Monaten ergeben.

Um zur Aktivierung der Transaktion schreiten zu können, welche von Seiten der Vertreter der steiermärkischen landwirtschaftlichen Genossenschaften bereits urgirt worden ist, bitte ich nunmehr um die Erteilung des formellen Auftrages zur Elozierung der fraglichen Dollarbeträge bei den in Rede stehenden Wiener Banken und erlaube mir den Entwurf des vom Finanzministerium an die Österreichische Nationalbank abzurichtenden Schreibens hier anzuschließen.

Gleichzeitig bitte ich um die Erklärung, ob die Gedächtnisnotiz, nach den beiliegenden Entwürfen unterzeichnet werden könne oder ob Änderungen gewünscht werden. Ich füge hinzu, daß die Fertigung der Gedächtnisnotiz für morgen, 12. Mai, mittags 12 Uhr, in Aussicht genommen ist, um die Überweisungen nach Graz am 15. Mai d. J. durchführen zu können, weshalb ich bitte, mir womöglich bis dahin eine telephonische Verständigung zukommenlassen zu wollen.“ Also, meine Damen und Herren, dadurch, daß man den Banken das Geld des Bundes um einen um $\frac{7}{4}$ % niedrigeren Zinsfuß überlassen hat, wodurch der Bund natürlich diese $\frac{7}{4}$ Prozent verliert, dadurch soll der Betrag von S 500 000,— wieder zurückerstattet werden. Der Betrag der hier den landwirtschaftlichen Genossenschaften in Steiermark zugeflossen ist, ist ihnen zugeflossen aus den Steuergeldern, d. h., die Steuerträger müssen dafür aufkommen. Ich erkläre noch einmal, daß es für uns ja selbstverständlich ist, daß wir die Genossenschaften zu unterstützen haben, aber auf diese unkontrollierbare Weise ist es natürlich nicht möglich. Dafür kann auch kein Mensch stimmen. Denn wenn wir die Vergebung von Geldern auf diese unkontrollierbare Weise ermöglichen, ihr zustimmen und dafür eintreten würden, dann geben wir den Weg für Dinge frei, die wir für die Zukunft nicht verantworten könnten und die natürlich ins Ungeheure gehen würden.

Wir wenden uns nur deshalb gegen diese Art der Verausgabung von Staatsgeldern, weil wir nicht wissen . . . (Zwischenrufe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte den Redner nicht zu unterbrechen. (Zwischenrufe.) Ich bin gerne bereit, die Geschäftsordnung auf das strengste zu handhaben, wenn Sie mir eine Geschäftsordnung verschaffen, die mir hiezu die Möglichkeit gibt. (Beifall bei den Sozialdemokraten. — Zwischenruf: „Das war eine Ovation für den Präsidenten!“) Herr Abg. Leichin hat das Wort.

Leichin (fortfahrend): Jeder wird sich klar sein darüber, daß bei der engen Verbindung zwischen Politik und Geschäft, die bei der Christlichsozialen Partei vorherrscht, man eine solche Praxis nicht einreißen lassen darf, weil auf diese Weise langsam die Steuergelder für alle möglichen Zwecke

verwendet werden, nur nicht jenen Zwecken zugeführt werden, für die sie bestimmt sind. Wir haben da schon einige Erfahrungen gemacht, sowohl beim Bund als auch beim Land. Aus diesem Grunde müssen wir gegen diese Praxis sein, müssen uns entschieden dagegen wenden und verlangen, daß, wenn die Genossenschaften Geld brauchen, wenn die Genossenschaften notwendig unterstützt werden müssen, daß darüber öffentlich beraten und beschlossen werden muß. . . . (Unruhe bei den Christlichsozialen.)

Hohes Haus! Ich komme jetzt zu der wichtigen Sache der Landesanleihe. Ich möchte Sie bitten, daß Sie etwas ruhiger sind, denn ich will auch über die Landesanleihe sprechen und über die Schädigungen, die in der Folge aufscheinen werden, was die Landesanleihe den Steuerträgern kostet, weil ja doch die Bevölkerung ein Interesse haben wird, davon zu hören. Ich möchte Sie schon ersuchen, ruhiger zu sein. Sie könnten sonst in den Verdacht kommen, daß Sie aus dem Grunde keine Ruhe geben, damit die Bevölkerung darüber nichts erfährt, über Ihre Handlungen nicht aufgeklärt wird. Die Geschichte der Landesanleihe ist eine sehr dunkle Geschichte, bei der einige Herren keine schöne Rolle spielten, die dabei Geschäfte machen wollten. Deshalb ist es sehr wichtig, daß wir auch darüber sprechen. Wir haben gehört, auf welche Weise der Kredit oder die fünf Milliarden zustande gekommen sind, die den steirischen Genossenschaften zugeschanzt wurden, um diese zu stützen. Unsere Arbeitergenossenschaften haben sich immer wieder aus eigenem geholfen, wie schwer es den einzelnen Genossenschaften auch manchmal gegangen ist. Wir haben immer soviel eigene Kraft aufgebracht, um unsere Genossenschaften zu stützen. Wenn wir einmal eine finanzielle Unterstützung von der Landesregierung verlangt hätten, hätten wir offen darum angesprochen. Nun ist es in den letzten Jahren der Steirerbank sehr schlecht gegangen; sie konnte nicht mehr existieren, die ungedeckten Konti waren zu sehr belastend für sie. Um diesen Zustand zu beseitigen, hat man versucht, sich irgendwo anzulehnen, wie der Sonntagsbote so schön geschrieben und dabei erklärt hat, daß es gar nichts Unrechtes ist, wenn von der Steirerbank diese Anlehnsaktion versucht und unternommen wird. Aber mit dieser Anlehnsaktion hat natürlich die Steirerbank auch die Bank mit in die Tiefe gerissen, an die sie sich angelehnt hat. Das erste nach der Anlehnsaktion war, daß damals Dr. Kintelen das Präsidium der Bank niedergelegt hat, das Präsidium, daß er ja eigentlich gegen jedes Gesetz erreichte. Damals war die erste Aktion, daß die Kintelen-Bank 10 Milliarden von der Zentralbank deutscher Sparkassen erhielt, die dazu verwendet wurden, um von einer Anzahl ungedeckter Konti einen beträchtlichen oder den ganzen Betrag abzuschreiben. Darunter befindet sich auch der frühere Landeshauptmann Prisching, welchem nach Empfang dieses Betrages von 10 Milliarden der Betrag von 618 Mil-

lionen Kronen auf Provisionskonto abgeschrieben wurde. Also die erste Aktion nach der Anlehnung an die Zentralbank war gewesen, daß man 10 Milliarden zum größten Teile verwendete, um die ungedeckten Konti auszugleichen, vor allem die Freunde damit zu bedenken, ihre offenen Konti bei der Steirerbank auszugleichen. Es ist das schon deshalb wichtig zu sagen, weil die Anlehnung der Steirerbank zur Folge hatte, daß nach dem Zusammenbruch der Zentralbank deutscher Sparkassen sich der Bund unter Einwirkung des Ministers Rintelen verpflichtet fühlte, daß ohne Überlegung, ohne Kontrolle, ohne Untersuchung der Bankverhältnisse der Zentralbank deutscher Sparkassen auf einmal 625 Milliarden zur Verfügung gestellt wurden und für 900 Milliarden die Garantie übernommen wurde. Die Beträge, die den Mandatären und anderen von ihren ungedeckten Kontis abgeschrieben wurden, werden von den Steuergeldern gedeckt. Die weitere Folge war, weil auch das gesündeste Geschäft auf die Dauer eine solche Injektion nicht ertragen kann, daß die Zentralbank zusammenbrechen mußte. Es ist ganz bezeichnend, daß der Unterrichtsminister Dr. Rintelen am Montag versuchte, Schuld und Sühne des Zusammenbruches oder Ursache und Wirkung desselben zu verschieben. Er versuchte, den Dreh herauszustechen, als ob der Artikel des „Abend“ an dem Zusammenbruche schuld wäre. Es hätte uns gefreut, wenn der Landeshauptmann uns die Äußerungen oder die Erklärungen des Präsidenten der Nationalbank, Dr. Reisch, mitgeteilt hätte, denn daraus hätten wir erfahren, daß es mit der Zentralbank schon seit langem sehr schlecht gestanden ist und daß logischerweise der Zusammenbruch kommen mußte, wenn man diese christlichsoziale Spekulationsbank der Zentralbank aufzwingt, die Zentralbank veranlaßt, diese aufzunehmen und für deren Verluste aufzukommen. Nun wurde in dieser Sache der Präsident...

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Es hat 1 Uhr geschlagen. über Beschluß der Obmännerkonferenz wird die Sitzung um 1 Uhr unterbrochen und um 3 Uhr wieder aufgenommen. (Die Sitzung wird um 1 Uhr 05 Minuten nachmittags unterbrochen und vom Präsidenten Kölbl um 3 Uhr 5 Minuten wieder aufgenommen.)

Präsident: Hohes Haus! Ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder.

Im Sinne des § 37 der Geschäftsordnung erteile Herrn Landesrat Zenz zu einer tatsächlichen Berichtigung das Wort.

Zenz: Der Herr Abg. Leichin hat gestern in seiner Rede die unrichtige Behauptung aufgestellt, daß durch meine Vermittlung Herr Hugo Erös in den Gemeindeverband von St. Kathrein am Haueneisstein aufgenommen worden sei und daß dieser Herr ein Jude sei. Gegengüber berichtige ich tatsächlich, daß Herr Erös von Geburt aus Katholik ist und ich stelle weiter fest, daß diese falsche Behauptung von Herrn Abg. Leichin in diesem

Haufe bereits einmal aufgestellt und von mir richtiggestellt worden ist, daß also der Herr Abgeordnete Leichin diese falsche Behauptung gegen sein besseres Wissen abermals vorgebracht hat. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Präsident: Zu einer weiteren tatsächlichen Berichtigung erteile ich dem Herrn Landesrat Doktor Enge das Wort. Redezeit: 5 Minuten.

Dr. Enge: Hoher Landtag! In der gestrigen Nachmittagsitzung dieses hohen Hauses hat der Festredner, Herr Abg. Leichin, die Behauptung aufgestellt, inhaltlich wenigstens ging es aus seinen Ausführungen hervor, der Nationalrat Simpl sei Inhaber oder Teilhaber eines zotenhaften Musikverlages. Ich berichtige tatsächlich, daß Nationalrat Simpl lediglich diesem Verleger einmal aus persönlicher Gefälligkeit einen kleinen Gelbbetrag als Darlehen gegeben hat, mit diesem Verlage niemals das Geringste zu tun hatte und dieses Darlehen, das aus persönlicher Gefälligkeit gegeben wurde, längst zurückerstattet wurde. Auch diese Tatsache hat Nationalrat Simpl öffentlich feststellen lassen.

Aber ex professo habe ich noch eine zweite tatsächliche Berichtigung vorzunehmen. Derselbe Redner, der Herr Abg. Leichin, hat gestern oder vorgestern die Behauptung aufgestellt, ein Artikel, der glaube ich, am Montag im „6-Uhr-Blatt“ des „Volksblattes“ erschienen ist und eine Charakteristik dieses Saales und seiner Insassen gegeben hat, stamme vom Landesbeamten Hugo Mrazek des Landesbauamtes. Dieser Landesbeamte ist dienstlich bei mir erschienen und hat mir offiziell mitgeteilt, daß er den von Herrn Abg. Leichin inkriminierten Artikel weder verfaßt noch geschrieben, noch veranlaßt habe. Es habe bereits die Schriftleitung des „6-Uhr-Blattes“ festgestellt, daß der Landesbeamte Mrazek diesem Artikel vollständig fernstehe. (Rosenwirth: „Wer ist es dann?“) Herr Abg. Rosenwirth, ich bin nicht der Schriftleiter des Grazer „Volksblattes“, sondern ich habe nur die tatsächliche Richtigstellung (Widerspruch bei den Sozialdemokraten) vorzunehmen im Interesse unserer von Ihnen so scharf angegriffenen Beamtschaft. Wenn ich sage unsere Beamtschaft, so meine ich nicht die Beamten meiner, unserer Partei, denn das sind die Beamten des Landes, die auch für Sie Dienst machen und Sie haben die Pflicht, auch die Gegenseite hat die Pflicht, bevor sie eben unsere gemeinsame Beamtschaft in schamloser Weise herabzieht, sich von der Richtigkeit ihrer Behauptung zu überzeugen. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe weiters noch etwas zu erwähnen. In der letzten Sitzung hat gerade ausgerechnet der Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz, der Herr Abg. Mutsch, als ich meine Beamten in Schutz genommen habe, und zwar pflichtgemäß,

weil es mein Ressort ist, den Zwischenruf gemacht: „Das sind Ihre Beamten!“ Hoher Landtag, ich spreche ausgerechnet dem Bürgermeister der Stadt Graz, dem Herrn Abg. Muchitsch, jedes Recht ab, über unsere Beamten zu Gericht zu sitzen. Das eine sage ich schon, der Herr Bürgermeister Muchitsch hätte nie als Landesbeamter aufgenommen werden können, denn ein Mann, welcher wegen Verbrechens, wegen Verleitung zur falschen Zeugenaussage verurteilt wurde, ist als Landesbeamter unmöglich. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Muchitsch: „Sie sind ein gewöhnlicher Verleumder und Schuft!“ — Allgemeine große Unruhe und Lärm. — Präsident gibt unausgesetzt das Glockenzeichen. — Muchitsch: „Ich bitte um das Wort zu einer tatsächlichen Berichtigung in eigener Sache.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Zu einer tatsächlichen Berichtigung in persönlicher Angelegenheit erteile ich dem Herrn Abg. Muchitsch das Wort. Redezeit fünf Minuten.

Muchitsch: Hohes Haus! Ich bin in den Saal hereingekommen und habe gehört, wie der Herr Abg. Dr. Enge hier erklärt hat, ich habe kein Recht über die Landesbeamten etwas zu sagen, weil ich wegen Verleitung zur falschen Zeugenaussage, besser gesagt, wegen Verbrechens des Betruges mit einer schweren Kerkerstrafe belegt wurde. (Regner: „Schurke!“ — Großer Lärm, Zwischenrufe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Präsident Regner, ich erteile Ihnen den Ordnungsruf.

Muchitsch (fortfahrend): Ich möchte zunächst erklären, daß ich über die Landesbeamten in diesem hohen Hause kein Wort gesagt habe. Ich habe nur in der letzten Sitzung auf eine Äußerung des Dr. Enge einen Zwischenruf gemacht, daß das nicht seine Beamten sind, sondern die Beamten des Landes und ich habe den weiteren Zwischenruf gemacht, wie mein Kollege Leichin über einen Herrn Mrazek gesprochen hat, „das ist Ihr Beamter“. Über einen einzigen Beamten habe ich also eine Bemerkung gemacht, aber nicht über die Beamtschaft des Landes im allgemeinen.

Ich stelle fest, daß das, was Sie, Herr Landesrat Enge gesagt haben wahr ist. Es ist das eine Sache, die sich vor dreißig Jahren abgespielt hat und zwar im Jahre 1895 bei einem Hochverratsprozeß in Cilli. Die Angelegenheit ist auch einmal im Parlament erörtert worden. Als ich zum Bürgermeister von Graz gewählt werden sollte, hat Ihre Partei die Frage aufgeworfen, ob mir ein Makel anhafte und Ihre Partei hat von den Aufklärungen, die damals gegeben worden sind, Kenntnis genommen und hat nicht das geringste an der Tatsache gefunden, daß ich von einem feilen Richter, von einem feilen Staatsanwalt, der sich die größten Gemeinheiten mir gegenüber herausgenommen hat, von einem Herrn, der später in diesem Hause

gegessen ist, es war der Oberlandesgerichtsrat Markl, der die Untersuchung geführt hat, verurteilt wurde, weil ich zwei Leuten, die wegen Hochverrates angeklagt worden waren, Beigesprungen bin, weil ich ihnen einen Verteidiger verschafft habe und weil ich als 21jähriger junger Bursche nicht feige genug war, mich zu verkriechen, wie man zwei Leute verhaftete und wegen Hochverrates angeklagt hatte, weil sie ein Buch gelesen haben in einer Werkstätte und sich ein Denunziant gefunden hat, der das angezeigt hat. Einer ist in die Schweiz, einer nach Ungarn und einer nach Amerika geflüchtet. Es war die Zeit der Verfolgungen gegen die Arbeiter und bei diesem Hochverratsprozeß kam ich mit einem Mann zusammen, den ich früher nie gesehen hatte, der die angeklagten Arbeiter belastet hatte. Dieser Mann sagte mir in einem Gasthaus in Cilli: „Wenn ich das früher gewußt hätte, was ich heute weiß, hätte ich in der Voruntersuchung nicht so ausgesagt und ich fragte ihn: „Was soll das heißen?“ Und er sagte mir: „Der Untersuchungsrichter hat mich gezwungen, diese Aussage zu unterschreiben und zu Protokoll zu geben“; und da habe ich ihm gesagt: „Du, heute ist die Hauptverhandlung heute wirst du unter Eid vernommen, heute mußt du die Wahrheit sagen, weil, wenn du die Unwahrheit sagst, diese zwei Leute zehn bis fünfzehn Jahre schweren Kerker kriegen können.“ Der Mann hat bei der Hauptverhandlung das gesagt, was der Wahrheit entsprochen hat, deshalb wurde er zu einem Monat und ich nach dreimonatiger Untersuchungshaft zu vier Monaten schwerem Kerker verurteilt. Bei der Konfrontation mit diesem Kronzeugen ist Oberlandesgerichtsrat Markl über ihn hergefallen und hat gesagt: „Sagen Sie jetzt vor Muchitsch die Wahrheit.“ Da hat der Mann zu stottern angefangen und hat den Hergang so erzählt, wie er sich im Gasthaus „Zum weißen Ochsen“ in Cilli abgespielt hat. Als er dies gesagt hatte, hat Herr Oberlandesgerichtsrat Markl zu diesem Mann gesagt: „Sie elender Schurke, Sie Gauner!“ — das hat der Richter zu ihm gesagt — „die Jahre, die Sie in der Karaul zubringen werden, werden Sie nicht so drücken, als die Tatsache, daß der Muchitsch wegen Ihnen jetzt schon sieben Wochen unschuldig da sitzt.“ Nun hat der Mann einen Weinkrampf bekommen und als er sich wieder beruhigt hatte, hat der Untersuchungsrichter gefragt: „Warum weinen Sie, nicht wahr, Sie fürchten sich vor dem Muchitsch?“ Der Mann hat ja gesagt und das ist in das Protokoll gekommen und ich wurde wegen angeblicher Verleitung zur falschen Zeugenaussage verurteilt; aber während der ganzen dreißig Jahre habe ich nie das Bewußtsein gehabt, daß ich jemals etwas Unrechtes, etwas Unehrenhaftes getan habe, oder etwa einen Betrug begangen habe und während der ganzen dreißig Jahre hat kein einziger Mensch, der diese Sache gewußt hat, den Mut gefunden, mir das vorzuwerfen. Im Jahre 1901, bei einer Gerichtsverhand-

lung in der Jakominigasse wegen Ehrenbeleidigung, die der damalige Chefredakteur Rienzl gegen mich angestrengt hat und gegen meinen Genossen Kessel, hat der Verteidiger Mravlag diese Sache zur Sprache gebracht und hat dort im Gerichtssaal gesagt: „Der Muchitsch ist im Jahre 1895 wegen Verleitung zur falschen Zeugnisaussage zu einer Kerkerstrafe verurteilt worden.“ Die ganze Sache ist dann in den Zeitungen erörtert worden und von damals an, vom Jahre 1901 an, also durch mehr als fünfundzwanzig Jahre hat kein Mensch etwas gesagt und wissen Sie, Herr Doktor Engle, wir haben ein Gesetz über die Tilgung von Verurteilungen und wenn Sie mir das außerhalb dieses Saales sagen, werde ich Sie klagen beim Strafgericht und dann werden Sie verurteilt werden. Noch nie hat jemand eine so gemeine Schurkerei begangen wie Sie durch diese Äußerung. Das ist nicht auf Ihrem Mist gewachsen, daß kann Ihnen nur der Kandidat, der hier als Landeshauptmann gewählt werden soll, eingegeben haben, daß Sie gegen den Bürgermeister diese Gemeinheit verüben sollen. Wiederholen Sie Ihre Behauptung, ohne von der Immunität geschützt zu sein, Herr Dr. Engle. Ich habe gesagt, Sie sind ein Schuft und ich halte das aufrecht. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten. — Oberzaucher: „Ein freches Schwein ist er!“ — Zwischenrufe, großer Lärm, Pultdeckelschlagen, Trommeln, Pfeifen. — Rufe: „Auflösen!“)

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung auf fünf Minuten.

(Die Sitzung wird um 3 Uhr 25 Minuten nachmittags unterbrochen und vom Präsidenten Köbl um 3 Uhr 30 Minuten wieder aufgenommen.)

Präsident: Hohes Haus! Ich eröffne die Sitzung wieder und erteile dem Herrn Abg. Leichin zur Fortsetzung seiner Rede das Wort.

(Lebhafte Rufe von sozialdemokratischer Seite: „Pfui Engle“ — „Abzug Engle“ — „Schluß!“ — Pultdeckelkonzert. — Lärmende Obstruktion durch Pfeifen, Hupen, Ratschen usw. von sozialdemokratischer Seite.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich unterbreche die Sitzung auf eine Viertelstunde.

(Die Sitzung wird um 4 Uhr 20 Minuten nachmittags unterbrochen und vom Präsidenten Köbl um 5 Uhr 50 Minuten nachmittags wieder aufgenommen.)

Präsident: Hohes Haus! Ich eröffne die Sitzung wieder.

(Rufe von sozialdemokratischer Seite: „Pfui Engel“ — „Abzug Engel“ — Lärmende Obstruktion von seiten der Sozialdemokraten. Nach einer kleinen Pause.)

Präsident Der Herr Abg. Leichin hat das Wort.

Leichin (Fortsetzung): Hohes Haus! (Seiterkeit. Wiedereinsetzen der lärmenden Obstruktion von seiten der Sozialdemokraten. — Riemer: „Ein bißchen flotter, nicht so langweilig!“ — Nach einer kleinen Pause.)

Meine Damen und Herren! (Seiterkeit. — Die lärmende Obstruktion geht weiter. — Nach einer kleinen Pause): Am Gastwirtetag in Hartberg hat der Herr Landesrat Gaf erklärt, daß . . . (Seiterkeit. — Lärmende Obstruktion. — Nach einer kleinen Pause): Wer nicht gänzlich rein ist . . . (lärmende Obstruktion. — Gaf: „Besser, meine Herren, besser!“) Herr Landesrat Gaf, Sie waren es, der in Hartberg gesprochen hat. (Lärmende Obstruktion.) Der Herr Landesrat Gaf . . . (Lärmende Obstruktion.) Der Herr Landesrat Gaf ist immer sehr boshaft gewesen. (Lärmende Obstruktion. — Mikola: „Sie lassen Ihre eigenen Leute nicht reden!“ — Regner: „Mädel, sag' igen!“ — Lärmende Obstruktion.) Der Herr Landesrat Gaf ist immer sehr boshaft gewesen, vor allen Dingen immer boshaft gegen den Herrn Landeshauptmann. (Lärmende Obstruktion.) Dafür bringe ich einen Beweis aus Hartberg vom 13. Oktober. Am 13. Oktober hat Landesrat Gaf beim Gastwirtetag in Hartberg einen Vortrag gehalten und in diesem Vortrag hat er sich höchst boshaft gegen den Herrn Landeshauptmann gezeigt, denn er hat dort auf dem Gastwirtetag in Hartberg folgendes erklärt, welche Erklärung natürlich nur den Landeshauptmann treffen konnte. Er sagte: „Wer nicht gänzlich rein sei — so schloß er unter starkem Beifall — müsse verschwinden.“ (Lärmende Obstruktion.) Ich will gar nicht behaupten, daß etwa Landesrat Gaf Landeshauptmann werden will. (Lärmende Obstruktion.) Da es uns bekannt ist, daß der Herr . . . (Zwischenrufe Möstl. Lärmende Obstruktion.) Der Herr Landesrat Gaf hat kein offenes Konto bei der Steirerbank. (Zwischenrufe Möstl. — Gegenrufe bei den Sozialdemokraten: „Sach-demobi-lisierung, Fenster-scheiben-e-ter-nit!“) Herr Landesrat Gaf könnte also, weil er saubere Hände hat, hier als Kandidat für die Landeshauptmannstelle vorgeschlagen werden. (Zwischenrufe.) Ja, wir brauchen hier im Landtag vor allen Dingen einen Landeshauptmann, zu dem die Bevölkerung Vertrauen hat. Aber immerhin ist es . . . (Zwischenruf von sozialdemokratischer Seite: „Gaf soll bei seinen Viehern bleiben!“ — Gaf: „Ich bin so bei Ihnen. Besser, meine Herren, besser!“ — Wallisch: „Landesrat Gaf übernimmt das Kommando.“ — Lärmende Obstruktion.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Die Sitzung ist geschlossen. Die nächste Sitzung findet morgen um 10 Uhr vormittags statt mit der Fortsetzung der Tagesordnung.

(Schluß der Sitzung um 8 Uhr 5 Minuten abends.)